

NEUESTE NACHRICHTEN

Mittwoch, 20. Mai 2015

Badische Presse

70. Jahrgang · Nr. 114 · Ausgabe Karlsruhe

tw. Der Gemeinderat hat gestern mit Blick auf die Kundgebung am 23. Mai eine Resolution „Karlsruhe – Stadt der Vielfalt“ verabschiedet. Bei zwei Enthaltungen der beiden AfD-Stadträte wurde sie angenommen. Jene hatten in einem Änderungsantrag „Unzulänglichkeiten des Textes“ moniert und Änderungen im Detail verlangt.

Die Resolution dokumentieren wir in Teilen: „Seit Monaten finden hier in Karlsruhe regelmäßig Kundgebungen und Demonstrationen von Anhängern der Kargida nach dem Vorbild der Pegida-Bewegung in anderen deutschen Städten statt. Das zentrale Ziel, das sie eint, ist der Kampf gegen eine vermeintliche Islamisierung Europas, ihr Feindbild sind „Fremde“ und Flüchtlinge, deren Schutz durch unser Grundgesetz geregelt ist. Unsicherheit

„Stadt in Verantwortung“

Rat verabschiedet Resolution zur Kundgebung

und Ängstlichkeit sind die Emotionen, die angesprochen werden sollen. Dabei scheuen die Kargida-Aktivistinnen auch nicht den Schulterchluss mit Rechtsradikalen, die unter den Rednern und Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Kundgebungen in anteilmäßig großer Zahl zu finden sind. Zwar ist die Gesamtzahl der Kargida-Aktivistinnen recht klein und die Mehrzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an den Kundgebungen und „Spaziergängen“ kommt nicht aus Karlsruhe selbst. Dennoch ist Karlsruhe damit unerfreulicherweise zu einem Treffpunkt der rechtspopulis-

tischen und rechtsradikalen Aktivitäten in der Öffentlichkeit in Baden-Württemberg geworden. Dies wollen wir nicht! Denn als eine Stadt mit vielfältigen demokratischen Traditionen und als Sitz der obersten deutschen Rechtsinstitutionen (...), sieht sich die Stadt Karlsruhe in einer besonderen Verantwortung, an der Verwirklichung und Sicherung unserer demokratischen Werte und der Menschenrechte mitzuarbeiten. Deshalb wenden wir uns gegen alle Bestrebungen, die Nationalismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit propagieren (...). Die Basis für das

tolerante und vielfältige Miteinander ist die Anerkennung und die Durchsetzung der Grund- und Menschenrechte. Aus dem gegebenen Anlass erneuert der Gemeinderat der Stadt Karlsruhe sein Bekenntnis zu den Zielen der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ der Generalversammlung der Vereinten Nationen, wie er es bereits in seiner Resolution 2008 niedergelegt hat (...).

Der Gemeinderat unterstützt erneut eine Veranstaltung im Rahmen der Kampagne „Karlsruhe zeigt Flagge“ am 23. Mai, um Karlsruhe als weltoffene Stadt der Vielfalt zu präsentieren und um erneut zu zeigen: Karlsruhe steht gemeinsam für Toleranz und Vielfalt im städtischen Miteinander und gegen Extremismus in jeglicher Form – heute wie in der Zukunft.